

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Zanger

und weiterer Abgeordneter

betreffend Entlastung der Autofahrer

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Finanzausschusses über den Antrag 220/A der Abgeordneten Gabriele Tamandl, Kai Jan Krainer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994 und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz – (Reisekosten-Novelle 2007 – RK-Novelle 2007) geändert werden (123 d.B.) in der 24. Sitzung des Nationalrates am 5. Juni 2007

In den vergangenen Jahren wurden Österreichs Autofahrer in einer noch nie da gewesenen Weise finanziell belastet. Diese Belastungen wirken sich nachhaltig aus, Jahr für Jahr - auch in der Zukunft.

Das amtliche Kilometergeld ist viel zu niedrig. Ganz besonders leiden jene darunter, die aus beruflichen Gründen vom Auto abhängig sind, wie etwa die Pendler, welche tagtäglich von der Benutzung ihres Autos abhängig sind.

Wie KR Dr. Heinz Hofer, Präsident des ARBÖ, in der Zeitschrift „Freie Fahrt“ ausführt, belaufen sich die Abgaben und Steuern, die jährlich von Kraftfahrern aufgebracht werden, auf gewaltige 12 Milliarden Euro pro Jahr. „Nur knapp zwei Milliarden werden für die Straßeninfrastruktur ausgegeben. Ein krasses Missverhältnis, das sich in den vergangenen Jahren ganz massiv zu Lasten der Autofahrer verschoben hat. Die Belastungswelle der vergangenen Jahre brach über die Autofahrer, insbesondere die Pendler, wie ein Tsunami herein, weil seitens der Regierung kein Belastungsausgleich erfolgte. Allein die Mehrkosten für die Autofahrer summieren sich von 2001 bis heute auf mehr als vier Milliarden Euro, davon allein 1,25 Milliarden aus der erhöhten motorbezogenen Versicherungssteuer, 634 Millionen aus der erhöhten Vignette und 624 Millionen aus der erhöhten Mineralölsteuer - Mehrbelastungen, wohl-gemerkt!“

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich eine Regierungsvorlage betreffend einer Änderung der einschlägigen Gesetzesmaterien in Hinsicht auf eine Entlastung der Autofahrer durch Anhebung des Km-Geldes auf 50 Cent, zuzuleiten.“

Hofner - Krainer